

Inhalt

1

^
Inhalt
v

Editorial Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus: Die Opfer in den Blickpunkt rücken	2
Vorwort: Ein Perspektivwechsel ist notwendig <i>von Birgit Rommespacher</i>	5
ReachOut: Solidarität und Unterstützung für die Opfer	6
Fallbeispiel 1: »Wenn es Sie nicht gäbe, wäre ich zurück in den Iran gegangen«	8
Fallbeispiel 2: »Die Ohnmacht, die man fühlt, wenn einem so etwas passiert«	10
»Ich hatte nun meine Würde vor diesen Weißen verloren, die mir keine Chance zu überleben lassen wollten« <i>von Narcisse Dovenon</i>	14
Handeln – man gönnt sich ja sonst nichts! Eine Plakataktion von ReachOut <i>von Sandra Carbonell</i>	17
Zur Bedeutung von ReachOut für die internationalen StudentInnen am Hochschulstandort Berlin/Brandenburg <i>von Lucia Muriel</i>	18
»Die Arbeit einer Opferberatungsstelle kann man gar nicht hoch genug einschätzen!« <i>Ein Interview mit Frank Jansen</i>	22
Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus <i>von Günter Piening</i>	26
Bildnachweis	28
Adressen	29

Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus: Die Opfer in den Blickpunkt rücken

Wenn der Kampf gegen Rechts, Rassismus und Antisemitismus sinnvoll und erfolgreich sein soll, müssen die Situation und die Anliegen der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe Beachtung finden und ernst genommen werden. Diese Broschüre soll dazu beitragen, die Perspektive der Opfer in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken.

Gleichzeitig werden wir Einblicke in die Arbeit von *ReachOut* geben. Wie gestaltet sich die Beratung von Opfern rassistischer, rechter Gewalt konkret? Und: welche politischen Notwendigkeiten ergeben sich daraus?

Letztlich zielt das Engagement von uns als MitarbeiterInnen von *ReachOut* darauf, den Kreis derer zu erweitern, die sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus engagieren. Wir sehen das Problem nicht allein bei einigen Schlägern, die die Bewegungsfreiheit der (potentiellen) Opfer einschränken und ihr Leben täglich gefährden. Vielmehr haben wir es mit einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen zu tun, das nach politischen Lösungen verlangt. Auch dafür streiten wir. Es geht darum, gleiche Rechte für alle durchzusetzen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, sozialem Status, religiöser Überzeugung und sexueller Orientierung.

Die Solidarität mit den Opfern und deren Schutz vor Angriffen muss wesentlich verbessert werden. Denn solange rechte, rassistische Schläger mit ihrem Handeln auf Gleichgültigkeit, Angst und viel zu häufig auf Zustimmung stoßen, fühlen sie sich ermutigt, ihre Strategie der Vertreibung weiter zu verfolgen. Jeder und jede kann im eigenen Umfeld dazu beitragen, dass dieser Teufelskreis durchbrochen wird. – Individuell und organisiert mit anderen, die sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus engagieren, müssen wir uns auf die Seite der Opfer stellen.

Mit dieser Broschüre gehen wir der Frage nach, welche Folgen ein Angriff haben kann, mit welchen Schwierigkeiten die Betroffenen konfrontiert sind, welche Unterstützung die Opfer brauchen und wie nötig in jedem Fall Solidarität und Hilfe sind.

Dazu nehmen die AutorInnen aus ihrer jeweiligen Perspektive Stellung. Zu Wort kommen eine Wissenschaftlerin, ein Student, der selbst Opfer rassistisch motivierter Gewalt wurde, eine Künstlerin, eine Psychologin und Bildungsreferentin, ein Journalist, und der Berliner Beauftragte für Integration und Migration.

Birgit Rommelspacher hat unser Projekt von Beginn an begleitet und unterstützt. Deshalb freuen wir uns, dass sie das Vorwort geschrieben hat und darin für einen Perspektivwechsel – weg von den Tätern und auf die Opfer rechter, rassistischer Angriffe gerichtet, plädiert.

Wir stellen unsere Arbeit vor und berichten über einen rassistischen Angriff. Hier wird einmal mehr deutlich, dass die Betroffenen nicht nur unter den physischen Verletzungen eines Angriffs leiden. Gerade die Passivität von PassantInnen, das bisweilen ignorante und wenig sensible Auftreten der Polizei und des Umfeldes der Opfer erschwert die Verarbeitung des Angriffes und kann die psychischen Folgen erheblich verschlimmern.

Vor eine besondere Situation gestellt sind Opfer rassistischer Polizeigewalt. Auch diese Menschen wenden sich mit der Bitte um Unterstützung und Beratung an *ReachOut*. Wir stellen einen Fall aus unserer Praxis dar und beleuchten die Hintergründe rassistischer Polizeigewalt.

Narcisse Dovenon, selbst von rechten Schlägern brutal misshandelt, schildert seine Erlebnisse, seine Todesangst und seine Sicht auf dieses Land. Der

Artikel wurde seinem bisher noch nicht veröffentlichten Buch entnommen. Denn die Opfer in den Blickpunkt zu rücken, bedeutet vor allem sie selbst zu Wort kommen zu lassen.

Und immer wieder wird deutlich: Kaum jemand ist bereit, den Opfern während eines Angriffes zu helfen. Deshalb haben wir im September 2003 eine Plakatkampagne initiiert. Unter dem Motto »Handeln bei rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen« sollen die Plakate dazu ermutigen, einzugreifen, wenn andere in Todesangst sind. Sandra Carbonell ist Künstlerin und eine der Plakatgestalterinnen. Sie nimmt Stellung zu ihrer Idee und was dahinter steckt.

Lucia Muriel vom World University Service e. V. ist Psychologin und Mitbegründerin von *ReachOut*. Als Bildungsreferentin ist sie bei STUBE (Studienbegleitprogramm für ausländische Studierende Berlin/ Brandenburg) tätig. Sie stellt die Situation außereuropäischer Studierender an Berliner und Brandenburger Universitäten dar und wie Rassismus ihre Bewegungsfreiheit und damit ihre Lebensqualität einschränkt.

Frank Jansen einer der herausragendsten, mutigsten und engagiertesten Journalisten in der Berichterstattung über Rechtsextremismus und Rassismus

hat uns ein Interview gegeben. Er spricht mit uns über den Rassismus der Mitte, über die Situation der Opfer, wie wenig sie bis heute wahrgenommen werden, was das Besondere an der Situation der Opfer rechter, rassistischer Gewalt im Vergleich mit anderen Kriminalitätsopfern ist und welche Aufgaben nach seiner Einschätzung eine Opferberatungsstelle hat.

Günter Piening, der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration fokussiert Rassismus und Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem und stellt das Berliner Programm »Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« vor. Damit gibt er einen Überblick über die senatsgeförderten Strategien und gleichzeitig eine Perspektive, welche Aktivitäten in diesem Politikbereich nach seiner Einschätzung in Berlin notwendig und sinnvoll sind.

Unser Dank richtet sich an all diejenigen, die mit ihren Artikeln, ihren Übersetzungsarbeiten und gestalterischen Künsten, mit dem Bildmaterial und ihrer Zeit die Entstehung der Broschüre ermöglicht haben.

Danke auch an die vielen Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, die in ihrem Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus nicht nachlassen und ohne die die Arbeit von *ReachOut* nicht möglich wäre.

Spendeninformation:

Mit Ihrer Spende können Sie die Arbeit von *ReachOut* und damit die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe unterstützen:

Konto:

ARIBA e.V./ReachOut

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ: 10020500

Konto-Nr. 3244801

Ihre Spenden sind steuerabzugsfähig.

Weitere Informationen und Kontakt:

ReachOut

Helga Seyb

Oranienstr. 159 10969 Berlin

Tel.: 030-69568-339/-344 Fax: 030-69568346

www.reachoutberlin.de

info@reachoutberlin.de

ReachOut ist ein Projekt des Vereins ARIBA e.V. und wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms CIVITAS und des Programms des Berliner Senats »Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«



Vorwort

»Ein Perspektivwechsel ist notwendig ...«

von Birgit Rommelspacher

Viele Menschen sind beunruhigt über die weiterhin wachsenden Straf- und Gewalttaten von Rechtsextremen in dieser Gesellschaft. Auch gibt es eine Vielzahl von Projekten, die sich etwa in der Arbeit mit Jugendlichen gegen Rechtsextremismus engagieren. Jedoch kümmert sich kaum eines dieser Projekte um die Opfer und potenziellen Opfergruppen. *ReachOut* ist eines der ganz wenigen Projekte, die den Opfern konkrete Unterstützung im Fall von Übergriffen anbieten, die Übergriffe von Rechtsextremen dokumentieren und die Perspektive der Opfer öffentlich machen.

Es fragt sich, warum die Opfer so wenig Unterstützung erfahren und warum es so lange gedauert hat, bis überhaupt so ein Projekt wie *ReachOut* entstanden ist. In anderen Bereichen sieht dies durchaus anders aus, denken wir etwa an die Opfer männlicher Gewalt: Hier finden wir ein breites Unterstützungsangebot von der Hotline für akute Krisensituationen, über Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen bis hin zu qualifizierter psychologisch-therapeutischer und juristischer Beratung. Davon sind wir in bezug auf die Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt noch weit entfernt. Die Opfer dieser Übergriffe haben wohl keine Lobby in dieser Gesellschaft, ja sie scheinen oft nicht einmal sichtbar zu sein.

Das hat vermutlich vor allem damit zu tun, dass Menschen, die von ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrer kulturellen Orientierung her nicht den Normalitätserwartungen der Mehrheitsbevölkerung entsprechen, zu Fremden gemacht werden. Ihnen werden damit zugleich weniger Rechte und allgemein weniger Bedeutung in der Gesellschaft zugestanden. So

werden unterschwellig jedoch die Täter unterstützt, die auf offene und brutale Weise diese Menschen aus ihrem Umfeld und der Gesellschaft vertreiben wollen. Umso wichtiger ist es, sich jeglichem, auch unterschwelligem Einverständnis mit den Tätern entgegenzustellen und für diese Opfer die gleichen Rechte, die gleiche öffentliche Anteilnahme und die gleiche professionelle Unterstützung einzufordern wie für die anderen Opfer auch.

ReachOut ist ein wichtiger und erster Schritt in diese Richtung. Denn dieses Projekt bietet unmittelbar Beratung für die Opfer wie auch für das engere soziale Umfeld an. Es klärt die Öffentlichkeit z. B. in Form einer Chronologie der Angriffe auf und macht auf den anhaltenden Skandal rassistischer Gewalt in unserer Gesellschaft aufmerksam.

Beim Kampf gegen Rechtsextremismus ist ein Perspektivwechsel notwendig. Nicht allein die Ursachen von Gewalt und Menschenverachtung bei den Tätern müssen erforscht und bearbeitet werden, sondern auch die Situation der Opfer muss in den Blick genommen werden, um der Tendenz der Verdrängung und Bagatellisierung dieser Verbrechen entgegenzuarbeiten, das Menschenrecht auf soziale Anerkennung und körperliche Unversehrtheit für alle gleichermaßen durchzusetzen und damit auch das oft unterschwellige Einverständnis mit den Tätern aufzukündigen.

Birgit Rommelspacher ist Professorin an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin und forscht, lehrt und publiziert seit vielen Jahren zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus.

ReachOut – Solidarität und Unterstützung für die Opfer

Seit dem Sommer 2001 berät und unterstützt *ReachOut* Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin. Neben der Beratungsarbeit werden Workshops, Vorträge, Veranstaltungen und Fortbildungen angeboten. In allen Bereichen steht die Situation und die Perspektive der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

Das Projekt wird finanziert über das Bundesprogramm »CIVITAS – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern« und über das Programm des Berliner Senats »Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«.

Das Ziel: Gleiche Rechte für alle!

ReachOut setzt sich dafür ein, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Aussehen und ihrer Herkunft, ihrer sexuellen oder religiösen Orientierung, gleiche Chancen und Rechte erhalten, um sich an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligen zu können. Das sind wesentliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Die Beratung: Hilfe für Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt

Das Spektrum derjenigen, die sich an *ReachOut* wenden ist groß: Sie kommen ursprünglich aus unterschiedlichen Ländern, sie sind schwarz oder weiß, mit oder ohne deutschen Pass oder einfach alternative Jugendliche. Sie alle trifft der Zorn und die Gewalt derjenigen, die dieses Land zur »ausländer- und zeckenfreien«, zur »national befreiten Zone« machen möchten. Außerdem wenden sich FreundInnen, Angehörige, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen, die im Kontakt mit Betroffenen stehen, an uns, um Handlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten zu erfragen.

Die Beratungsarbeit basiert auf dem Grundsatz »Hilfe zur Selbsthilfe«. Die Betroffenen werden von uns in ihren Entscheidungen und der Durchsetzung ihrer Interessen unterstützt und begleitet. Darüber hinaus geht es darum, die Opfer nach einem Angriff in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken und ihnen zu helfen, ihre psychische Stabilität und ihre Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen.

Das Beratungsangebot ist parteilich für die Opfer, kostenlos, beruht auf Freiwilligkeit und Vertrauen und ist auf Wunsch anonym.

In der Beratung werden Fragen geklärt wie: Soll ich Anzeige erstatten? Was kommt bei einer polizeilichen Vernehmung auf mich zu? Kann mich jemand zur Polizei begleiten? Wie läuft eine Gerichtsverhandlung ab? Was ist eine Nebenklage? Kann ich einen Anwalt/Anwältin beauftragen? Welche finanziellen Hilfen gibt es? Wen kann ich noch um Unterstützung bitten? Gibt es geeignete psychologische Beratungs- und Therapieangebote? Mit welchen Initiativen und Gruppen in meinem Bezirk könnte ich Kontakt aufnehmen? Soll ich mich an die Medien wenden, um den Angriff auf mich bekannt zu machen?

Die Recherchen: Das Ausmaß rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt erfassen

Neben der Beratungsarbeit ist die kontinuierliche Recherche von Polizeiberichten, Zeitungsmeldungen und Internetseiten über Angriffe, die einen rechten, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund haben könnten, von ausschlaggebender Bedeutung für unsere Arbeit. Die recherchierten Angriffe werden in der Chronik von *ReachOut* veröffentlicht. Gleichzeitig bemühen wir uns in jedem Fall den Kontakt zu den Opfern herzustellen.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass die ermittelnden Behörden häufig mit Kategorien arbeiten, die den

rechten, rassistischen Hintergrund eines Angriffes nicht immer eindeutig erscheinen lassen. So beispielsweise, wenn das Opfer gleichzeitig beraubt wird oder die Täter nicht der rechtsextremen Szene zugeordnet werden können. Dennoch müssen Angriffe u.E. oft aufgrund der gezielten Auswahl der Opfer oder aufgrund rassistischer Äußerungen als rechtsextrem/rassistisch motiviert gewertet werden. Zumindest sollte das Tatmotiv nicht zu schnell verworfen werden. So tritt *ReachOut* dafür ein, dass die Ermittlungsbehörden einen möglichen rechtsextremen Hintergrund einer Straftat auch dann bedenken, wenn es sich augenscheinlich um einen Raub o. ä. handelt.

Mit diesem Ansatz wollen wir dazu beitragen, dass die Sensibilität bei Polizei und Justiz im Umgang mit dieser Problematik und im Umfeld der Betroffenen erhöht wird. Dabei ist es von wesentlicher Bedeutung, dass den Betroffenen, ihrer Wahrnehmung und Erklärung für die Tat Aufmerksamkeit und Glauben geschenkt wird. Die nach einem Angriff bzw. einer Anzeige entstehenden Ängste sollten in jedem Fall ernst genommen werden.

Die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit: Die Opfer in den Blickpunkt rücken

Durch die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit soll

eine Sensibilisierung für die Situation der Betroffenen erreicht und Solidarisierungsprozesse in Gang gesetzt werden, so dass die Opfer perspektivisch besser vor Angriffen geschützt werden können.

Wir wenden uns an MedienvertreterInnen und MultiplikatorInnen ebenso wie an bezirkliche Einrichtungen und Basisgruppen, um über Angriffe zu informieren und gemeinsame Gegenstrategien und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Denn neben den physischen und psychischen Auswirkungen eines Angriffs wird uns immer wieder berichtet, dass die Gleichgültigkeit, das Wegsehen oder gar die Zustimmung von unbeteiligten PassantInnen die Opfer mindestens genauso trifft, wie der Angriff selbst.

Ein Schwerpunkt unserer Bildungsarbeit ist es, Unterstützungsmöglichkeiten für die Opfer, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Folgen eines Angriffes zu vermitteln. Die Situation der Opfer wird dort, wo sie bedroht, diskriminiert und geschlagen wurden, thematisiert. Letztlich wollen wir so erreichen, dass die Opfer in ihrem Stadtteil und näheren Umfeld Beratung und Unterstützung bekommen können. Dabei ist uns die Förderung der Selbstorganisation von Opfern und potenziellen Opfern ein besonders Anliegen.



»Wenn es Sie nicht gäbe, wäre ich zurück in den Iran gegangen«

„Aus Fremdenhass: Türke und Iraner attackiert

In zwei Fällen wurden am Wochenende Ausländer aus Fremdenhass beschimpft und geschlagen. Ein 24-jähriger Iraner wurde Sonntag früh 5.20 Uhr von vier Unbekannten am S-Bahnhof Baumschulenweg in Treptow zunächst beschimpft und anschließend von zwei Männern geschlagen und getreten. Der Angestellte einer Bäckerei, der gerade Ware entlud, verlor dabei kurzzeitig das Bewusstsein. Er wurde am Kopf und an der Hand verletzt. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen, die Täter wurden noch nicht gefasst. (...)« Aus: *Der Tagesspiegel* vom 8.09.2003

Diese Meldung lasen wir im Rahmen unserer täglichen Recherchen am 8. September 2003. Es gelang uns, Kontakt mit dem Opfer aufzunehmen und einen Beratungstermin zu vereinbaren. Er erzählte uns seine Geschichte:

Abbas P. ist Student in Potsdam und arbeitet seit zwei Jahren in einer Filiale der Firma »Le Crobag GmbH und Co KG«. Am 7. September morgens gegen 5.30 Uhr ist er mit der Vorbereitung zur Ladenöffnung am S-Bahnhof Baumschulenweg beschäftigt. Dazu muss er Waren aus dem Lager in den Laden bringen. Er bemerkt einige junge Männer, die mit Flaschen in der Hand randalieren. Die Männer pöbeln ihn an: »Wann macht ihr auf?« und umkreisen ihn schließlich. Einer der Männer schlägt mit der Faust auf einen der Kartons, die Abbas P. gerade geholt hat. Er wird beschimpft und beleidigt: »Scheißausländer, was macht Ihr hier. Wir machen Dich fertig«. Die Angreifer schlagen ihn zusammen und drohen, wieder zu kommen und ihn zu töten.

Obwohl Abbas P. mehrere Leute um sich wahrnimmt, die nicht zu den Schlägern gehören, hilft ihm niemand. Niemand ruft die Polizei. Es gelingt ihm mit letzter Kraft, sich in den Laden zu retten und selbst die Polizei anzurufen. Dann wird er bewusstlos. Als er wieder zu sich kommt, ist die Polizei anwesend und fragt ihn zuerst nach seinem Ausweis.



Als dann auch der BGS eintrifft, wird endlich ein Rettungswagen angefordert und Abbas P. ins Krankenhaus gebracht. Die Diagnose: Eine Gehirnerschütterung und Hämatome am ganzen Körper.

Die Tatsache, dass »ganz normale Leute« bei diesem Angriff zugeschaut haben ohne ihn zu unterstützen oder wenigstens die Polizei zu rufen, hat Abbas P. sehr verunsichert. Die Jugendlichen seien zwar auf den ersten Blick nicht als Rechte zu erkennen gewesen. Aber er habe die Arbeitskleidung von dem Backshop getragen und deshalb sei deutlich gewesen, dass es sich nicht um eine »normale« Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen handeln könne, erzählt Abbas P..

Aufgrund des Angriffs wird er krankgeschrieben. Der Arbeitgeber verweigert ihm die Lohnfortzahlung. Seiner Bitte, ihn in eine andere Filiale in Berlin zu versetzen, wird nicht entsprochen. Die einzige Alternative, die ihm geboten wird, ist ein Laden am S-Bahnhof in Schöneweide. Doch auch dieser Bahnhof ist seit langem bekannt dafür, dass es dort immer wieder zu rechtsextrem motivierten Angriffen und Bedrohungen kommt.

Wegen des Überfalls und den gesundheitlichen Folgen konnte Abbas P. ein Praktikum, das er für sein Studium verpflichtend benötigt, nicht antreten. Dieses Praktikum wird nur einmal im Jahr angeboten. Das bedeutet, dass er länger als geplant studieren muss. Sein Professor in Potsdam erklärte ihm, das sei sein Problem. Weil die Täter so normal aussahen, fühlt er sich nun überall unsicher und hat Angst, dass sich ein Angriff jederzeit wiederholen könnte. Die Täter wurden bisher nicht gefasst.

Abbas P. will sich wehren. Wehren gegen die Täter und gegen die Methoden seines Arbeitgebers und er will, dass die Öffentlichkeit von dem Angriff und den Folgen erfährt.

ReachOut nimmt Kontakt mit MedienvertreterInnen auf und begleitet ihn bei den Presseterminen. Abbas P. gibt ein Radiointerview und ein Artikel erscheint.

Wir informieren Abbas P. darüber wie und über welche Organisationen er finanzielle Unterstützung bekommen kann. Gleichzeitig empfehlen wir ihm eine Rechtsanwältin, die ihn in dem anstehenden Strafverfahren verteidigt und die Nebenklage beantragt.

Nach mehreren Beratungsgesprächen und einem Gespräch mit einer Psychologin fühlt sich Abbas P. in der Lage, seinen Alltag wieder in die Hand zu nehmen. Schließlich gelingt es ihm Ende 2003 mit Hilfe eines Rechtsanwaltes die ihm zustehende Lohnfortzahlung während seiner Krankheit von seinem ehemaligen Arbeitgeber zu erstreiten. Aber er sagte auch: »Wenn *ReachOut* nicht gewesen wäre, wäre ich längst in den Iran zurückgegangen.«

Eigener Bericht



»Die Ohnmacht, die man fühlt, wenn einem so etwas passiert«

Die Opfer, die *ReachOut* unterstützt und berät, kommen ursprünglich aus den unterschiedlichsten Ländern, sie sind schwarz oder weiß, mit oder ohne deutschen Pass oder einfach alternative Jugendliche. Sie alle trifft der Zorn und die Gewalt derjenigen, die dieses Land zur »ausländer- und zeckenfreien«, zur »national befreiten Zone« machen möchten. *ReachOut* wird darüber hinaus von Menschen aufgesucht, die auf der Straße oder in ihrer eigenen Wohnung von PolizistInnen geschlagen und gedemütigt wurden. Ist die rassistische Motivation der Übergriffe nachvollziehbar, unterstützen und begleiten wir die Opfer bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und bei der Verarbeitung des Übergriffs.

Sind die AngreiferInnen als Angehörige der rechten Szene zu identifizieren, ist die Konstellation Täter – Opfer in den meisten Fällen klar. Kaum jemand bezweifelt, wer wen angegriffen hat. So können wir uns in den Berliner Bezirken auf ein Netz von BündnispartnerInnen beziehen, die vielfältige Aktivitäten entwickeln, um den hegemonialen Bestrebungen der Rechten Widerstand entgegen zu setzen.

Handelt es sich jedoch bei den Tätern um PolizistInnen, treffen wir nicht selten auf eine Mauer des Schweigens und des Misstrauens. Nach dem Motto: »Was war denn der Anlass für die Misshandlung, irgendetwas muss schließlich vorgefallen sein, dass sich die PolizistInnen so provoziert fühlen.« Dementsprechend sind die Unterstützungsmöglichkeiten, die uns für die Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt zur Verfügung stehen weniger breit gefächert.

»Die ausländische Bevölkerung, die schon traditionell besonderer ‚krimineller Energien‘ verdächtig ist, gerät in weitaus stärkerem Maße als sogenannte NormalbürgerInnen ins Visier der Polizeibehörden

und wird so fast zwangsläufig häufiger Opfer von deren Übergriffen.«

Der Nachweis, dass es sich um rassistisch motivierte Taten handelt, gestaltet sich in diesen Fällen komplizierter. Nicht immer sind die verbalen Äußerungen, die mit einem polizeilichen Übergriff einhergehen, diskriminierend. Nicht immer werden die Opfer rassistisch beschimpft. Dennoch haben die Betroffenen genügend Hinweise dafür, dass der Kontrolle und dem Übergriff rassistische Motivationen zu Grunde liegen. So auch in dem hier dargestellten Beispiel.

Tatort Berlin-Neukölln

An einem Winterabend im Januar 2002, in einer »ruhigen Straße« im Berliner Bezirk Neukölln, versucht Herr A. herauszufinden, warum die Kontrolllampe für die Sicherheitsgurte in seinem Auto leuchtet. Er hat sein Auto ganz in der Nähe seiner Wohnung geparkt. Langsam fährt ein Polizeiwagen vorbei und hält am Ende der Straße. Er blickt kurz auf und widmet sich dann wieder dem Problem mit den Sicherheitsgurten. Dazu setzt er sich auf den Rücksitz. Jetzt bemerkt er das Polizeiauto neben seinem Wagen. Die BeamtInnen steigen aus und gehen auf ihn zu. Ein Polizist leuchtet ihm direkt in die Augen. »Was ist los, was wollen Sie von mir?«, fragt A. Er bekommt jedoch keine Antwort. Stattdessen wird er aufgefordert seine Papiere zu zeigen. A. versucht erneut, den Grund für die Kontrolle zu erfahren: »Gegen welche Verkehrsvorschrift habe ich verstoßen«. Seiner Ansicht nach, gibt es keinen Grund, ihn überhaupt anzusprechen. Trotzdem erklärt Herr A. den BeamtInnen, was er gerade in seinem Auto macht. Einer der BeamtInnen durchleuchtet den Wagen. Dabei sieht er, dass der Autoschlüssel im

Zündschloss steckt. Nun wird Herr A. mitgeteilt, dass sie vermuten würden, er wolle das Auto stehlen. Darauf erwidert A.: »Wer klaut denn ein Auto vom Rücksitz?« A. ist schwarz und äußert gegenüber den PolizistInnen Zweifel darüber, dass sie einen weißen Deutschen auch auf diese Art kontrollieren würden. Dennoch steigt er aus seinem Wagen und bietet an, aus der nahegelegenen Wohnung den Pass zu holen. Außerdem sei seine deutsche Frau zuhause und könne mit den Polizisten sprechen, falls sie ihn nicht verstehen würden.

In diesem Moment hetzt eine Polizistin den mitgeführten Hund auf Herr A. Er hat Glück und der Hund erwischt nur den Stoff seiner Hose. Ein Polizist sprüht ihm Pfefferspray in die Augen und der andere legt ihm Handschellen an. Mit Gewalt wird er zu Boden geworfen. A. wird mit dem Kopf auf den eisigen Boden gepresst und hat Schwierigkeiten beim Atmen. Er schreit um Hilfe, weil er sich in Lebensgefahr sieht. Zwei Passanten bieten sogar an, seine Ehefrau aus der nahegelegenen Wohnung zu holen. Statt dies abzuwarten, wird A. in den Einsatzwagen gebracht, in dem ein weiterer Polizist bei ausgeschalteter Innenbeleuchtung auf ihn einschlägt. Der Polizist droht, ihn zu erschießen und ihn ins Wasser zu werfen. A. sieht sein Ende gekommen.

Auf der Wache wollen ihn die Polizisten zunächst einsperren, lassen ihn allerdings doch wieder gehen.

Herr A. wird wegen »Beleidigung«, »Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte« und Körperverletzung angezeigt. Er selbst hat keine Anzeige erstattet.

Im Oktober 2002 wurde das Urteil gegen Herrn A. gesprochen: 70 Tagessätze á 15,- Euro soll er zahlen. Mit einem Lächeln gibt der Richter zum Besten, er habe selbst einmal Polizisten in Neukölln ausgebildet. Die Ausführungen der BeamtInnen vor Gericht zum Tathergang seien absolut glaubwürdig – im Gegensatz zu den Aussagen von Herrn A. Das Urteil wird in der Berufungsverhandlung im März 2003 bestätigt.

Es steht Aussage gegen Aussage

Polizeiübergrieffe geschehen im Kontext staatlichen

Handelns und werden deshalb nur selten sanktioniert. Die Vorwürfe werden von Seiten der beteiligten Beamten und deren Vorgesetzten geleugnet. Da es nur selten ZeugInnen für die Misshandlungen gibt, stehen die Aussagen mehrerer BeamtInnen der Aussage eines Migranten/einer Migrantin gegenüber. Ihre Glaubwürdigkeit ist deshalb, per se in Frage gestellt. Spätestens wenn MigrantInnen einen Angriff anzeigen, besteht immer die Gefahr einer Gegenanzeige. Die Dokumentationen von *Aktion Courage*² belegen, dass die Einstellung der Verfahren gegen die Opfer polizeilicher Gewalt bereits als juristischer Erfolg gewertet werden muss. Der Berliner Rechtsanwalt Martin Rubbert berichtet, dass die meisten MigrantInnen, die Opfer polizeilicher Gewalt wurden, nicht in die anwaltliche Beratung kommen, weil sie polizeiliche Gewalt in ihrem Alltag als Normalität wahrnehmen³. »Während Deutsche bei einer solchen (Gegen-)Anzeige ‚nur‘ eine Verurteilung riskieren, laufen ausländische Personen zudem Gefahr, ausgewiesen oder abgeschoben zu werden.«⁴ Das stellt die Betroffenen vor eine schwere Entscheidung. Aber selbst wenn sie Anzeige gegen die agierenden Beamten erstatten, müssen sie in den meisten Fällen damit rechnen, dass die Ermittlungen gegen Polizeibeamte langwierig sind, bewusst verschleppt werden und letztlich eingestellt werden.

»Wer nicht kämpft, hat schon verloren«

Mit dieser Haltung kam Herr A. in die Beratung zu *ReachOut*. Er hatte sich zuerst an eine Beratungsstelle für Flüchtlinge des Diakonischen Werkes gewandt. Dort wurde ihm *ReachOut* empfohlen, weil den MitarbeiterInnen bekannt ist, dass *ReachOut* Opfer rechter und rassistisch motivierter Straf- und Gewalttaten berät.

Aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen und seinem Wissen über viele andere Fälle polizeilicher Willkür in seinem Umfeld war es ihm wichtig, andere über seine Erlebnisse zu informieren und sich beraten zu lassen. Auch hat er Befürchtungen, dass ihm Schlimmeres passieren könnte und niemand davon erführe. »Ich kenne Leute, die monatelang im Gefängnis waren ohne Prozess«.

Herr A. möchte Unterstützung, weil er diesen Angriff nicht alleine verarbeiten kann und weil es seinem Gerechtigkeitssinn vollkommen widerspricht, erst geschlagen und beschimpft und am Ende zum Täter gemacht zu werden. Er will die »Ohnmacht, die man fühlt, wenn einem so etwas passiert«, bekämpfen. »Ich kann nicht nur auf ein Gericht warten und dann dort verlieren. Ich fühle mich jetzt sicherer.«

»Racial profiling« oder »verdachtsunabhängige Kontrollen«?

Auf die Frage einer *ReachOut* Mitarbeiterin, warum Herr A. davon ausgehe, dass der Übergriff rassistisch motiviert gewesen sei, sagte er, es sei die respektlose Art gewesen, wie ihn die PolizistInnen behandelt hätten. Sie seien auf seine Fragen nicht eingegangen und hätten jeden Vorschlag, die Situation zu erklären oder auch durch seine Frau erklären zu lassen ignoriert. »Sie reagierten, als würden sie mich nicht verstehen.« Allerdings stellten die MitarbeiterInnen von *ReachOut* fest, dass sich Herr A. sehr deutlich und gewählt auf Deutsch ausdrückt.

Er berichtet weiter, dass er in Berlin aufgrund seiner Hautfarbe ständig kontrolliert wird. Seine Wohnung liegt in der Nähe diverser sogenannter »gefährlicher Orte«⁵ u. a. dem Volkspark Hasenheide und dem Hermannplatz. In dem Park hat er früher mit Freunden Basketball gespielt, das aber aufgrund der ständigen Kontrollen aufgegeben. Er betritt den Park nicht mehr. Auch auf dem Hermannplatz wird er sehr häufig angehalten und nach seinen Papieren gefragt. Herr A. weiß, dass er Unterstützung braucht, wenn er sich gegen die ungerechtfertigten Vorwürfe zur Wehr setzen will. »Ich habe mich informiert über meine Bürgerrechte, das hilft mir.«

»Gezielte Kontrollen ausländisch aussehender Menschen sind für die Polizei verlockend, weil sie ihre Erfolgsstatistik ohne Aufwand und zeitraubende Ermittlungen aufpolieren kann. Die Praxis ist zwar legal, sie bleibt aber diskriminierend. Mit der Zunahme solcher Eingriffe wird auch die Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Übergriffen im engeren

Sinne größer.«⁶

Während in Großbritannien mittlerweile akzeptiert wird, dass die schwarze Bevölkerung am häufigsten von polizeilichen Übergriffen betroffen ist, wird die Tatsache des »racial profiling« in der Bundesrepublik hartnäckig geleugnet. Man spricht hierzulande von »verdachtsunabhängigen Kontrollen«. Aufgrund unserer Beratungspraxis und den Erfahrungen von AnwältInnen und BürgerrechtlerInnen ist davon auszugehen, dass gerade schwarze Menschen keineswegs verdachtsunabhängig kontrolliert werden, sondern vielmehr unter Generalverdacht stehen. Der Nachweis jedoch, dass schon der Anlass für eine Polizeikontrolle einen rassistischen Hintergrund hat, ist in der Bundesrepublik schwer zu erbringen: *»Wie bei der Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei und der illegalen Gewaltanwendung durch Polizeiangehörige gibt es keine empirischen Untersuchungen über das Ausmaß derartiger Vorwürfe. Somit sind sie für die Verantwortlichen nicht bewiesen und alles kann so bleiben, wie es ist.«⁷*

Zu Misshandlungen kommt es häufig dann, wenn die Beschuldigten – wie in unserem Beispiel – fragen, was ihnen vorgeworfen wird. Nur selten werden sie wegen des Anfangverdachtetes angezeigt. Meistens wird wegen »Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte« und »Beleidigung« oder gar, wie im dargestellten Fall, wegen Körperverletzung gegen die Betroffenen ermittelt. Vorwürfe, die sich nur schwer widerlegen lassen und die nur deshalb erhoben werden, um den gewalttätigen Einsatz zu rechtfertigen und für den Fall einer Anzeige gegen die beteiligten PolizeibeamtInnen gewappnet zu sein.

Was tun?

Bei der Unterstützung von Opfern rassistischer Polizeigewalt geht es zuerst darum, den Definitionen der Ereignisse durch die BeamtInnen die der Betroffenen entgegen zu setzen. Dafür ist die Zusammenarbeit mit überregional agierenden Organisationen und MedienvertreterInnen erforderlich. Amnesty International London, kritische Polizisten und Bürgerrechtsgruppen werden von uns regelmäßig kontaktiert und um ihr Engagement zugun-



sten der Betroffenen gebeten. Das geschieht u.a. dadurch, dass *ReachOut* z. B. *ai London* bittet, bei den zuständigen Behörden weitere Recherchen anzustellen. In der Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses, geht es darum, auf eine Reform von Gesetzen und Polizeistrukturen hinzuwirken, um Übergriffe konsequenter sanktionieren bzw. verhindern zu können. Diese Form von Lobbyarbeit ist langwierig, und setzt einen langen Atem voraus. Für die Opfer ist das eine wichtige Unterstützung und ein Zeichen dafür, ernst genommen zu werden.

Was Herr A. und die anderen Betroffenen, die wir unterstützen, übereinstimmend sagen, ist, dass ihnen der Boden unter den Beinen weggezogen wurde, dass sie das Gefühl der relativen Sicherheit verloren haben. Jedes Blaulicht, jeden Polizisten in Uniform empfinden sie künftig als Bedrohung. Diese Angst und die Unsicherheit, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, begleitet ihren Alltag.

Die kontinuierliche psychosoziale Unterstützung der Betroffenen und die Begleitung zur anstehenden Gerichtsverhandlung ist Teil der Arbeit von *ReachOut*.

Eigener Bericht

¹ Anja Lederer/Heiner Busch: Polizeiübergriffe auf AusländerInnen – Kaum Chancen vor Gericht, in: CILIP 67; 3/2000, S. 28

² Aktion Courage – SOS Rassismus: Polizeiübergriffe gegen AusländerInnen, Bonn 1994, 1996, 1999
2004 wird eine aktuelle Dokumentation erscheinen

³ vgl. CILIP Nr. 67, S. 31

⁴ CILIP Nr. 67, S. 32

⁵ »Gefährliche Orte« sind nach der Definition der jeweiligen Polizeidirektionen, Orte an denen angeblich vermehrt Straftaten gezählt werden. An diesen Orten sind fundamentale BürgerInnenrechte außer Kraft gesetzt. Hier finden die sogenannten „verdachtunabhängigen Personenkontrollen“ statt.

⁶ CILIP Nr. 67, S. 29

⁷ Jürgen Korell/Urban Liebel: »Polizeiskandal – Skandalpolizei – Demokratiemangel bei der Polizei?«, Münster 2000. Neben seiner Tätigkeit als Buchautor, arbeitet Jürgen Korell als Polizist.

»Ich hatte nun meine Würde vor diesen Weißen verloren, die mir keine Chance zu überleben lassen wollten«

von Narcisse Dovenon

In Afrika ist es im allgemeinen nach dem Abitur der Wunsch eines jeden jungen Menschen, in Europa sein Studium fortzusetzen. Das Wort »Europa« ruft vor allem bei Afrikanern eine Menge positiver Klischees hervor. Zumal ein in Europa oder allgemein im Ausland errungenes Diplom im Heimatland einen viel höheren Wert besitzt.

In meinem Fall hatte ein kurzer Besuch meines Bruders in Benin, der auf einer deutschen Schule Informatik studierte, ausgereicht, um in mir das Verlangen zu wecken, mich ebenfalls nach Europa zu begeben. Ich erhielt mein Studentenvisum und flog Richtung Deutschland.

Die erste Zeit in Deutschland war, ehrlich gesagt, sehr schwer für mich. Die alltägliche Realität unterschied sich sehr von dem, was in meinem Heimatland Benin erzählt wurde. Das schwerste war, mich in einer rein weißen Gesellschaft wohlfühlen zu können. Ich fühlte mich durch die bösen Blicke in der U-Bahn oder auf der Straße einfach nicht akzeptiert. Schlimmer noch, ich teilte eine Drei-Zimmerwohnung im Studentenwohnheim Storkower Straße mit zwei Deutschen, die der Meinung waren es gäbe für mich keinen Platz in diesem Land. Für mich war das die schwierigste Zeit meines Aufenthalts in Deutschland. Ich war die Zielscheibe ihres Geschwätzes und ihrer ständigen Beschimpfungen.

Nach zwei Jahren permanentem Stress musste ich in ein anderes Studentenheim ziehen, um die Ruhe und Entfaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen, nach denen ich mich seit langem sehnte. Ich hatte von nun an eine Wohnung mit eigenem Bad und

Küche. Ich war zu der Zeit sehr froh. Und dennoch, das Schlimmste ließ nicht lange auf sich warten. Ich fand langsam Gefallen an der neuen Gegend. Mein neues Zuhause zeichnete sich durch sehr viel Grün und Blumen aus. Abgesehen von den paar Leuten, die mich auf dem Weg zwischen Studentenheim und U-Bahn provozierten, fand ich diesen Ort im Vergleich zum Heim in der Storkower Straße, wo Angst und Terror herrschten, sehr viel besser.

Es war beinahe Sommer und die letzten Prüfungen an der Universität waren bereits abgeschlossen. Nach meinem zweiten Semester musste ich eine zweimonatige Praktikumsstelle finden. Und da ich nach meinem Studium unbedingt in mein Heimatland zurückkehren wollte, kam ich auf die Idee, dass es für mich die Gelegenheit war, in Benin ein Praktikum zu absolvieren, um gleichzeitig einen zukünftigen Arbeitsplatz vorzubereiten. Um diesen Traum zu verwirklichen, musste ich arbeiten und Geld für die Reise verdienen. Ich kontaktierte also eine hiesige Firma und wurde für sechs Monate eingestellt.

Am 25. Juli 2002 sollte ich mit der Arbeit beginnen. An diesem Tag verließ ich gegen 7 Uhr meine Wohnung. Ich begab mich auf den Weg zum S-Bahnhof Nöldnerplatz. Die Sonne war schon am azurblauen Himmel aufgegangen. Die Blätter der Bäume wiegten sich im Wind. Die Vögel zwitscherten. Ich überquerte die Strasse und befand mich nun auf der Seite, die in die Buchbergerstrasse mündete. Ich betrat den Tunnel zur S-Bahn. Als ich hochblickte, entdeckte ich zehn Leute von beachtlicher Größe, die auf mich zukamen. Einer von Ihnen trug ein Musikgerät, weshalb ich zuerst annahm, sie kämen von einer Party zurück und wurden vom Tageslicht überrascht. Es

wunderte mich dennoch, da es nicht Wochenende war. Als sie mich sahen, fingen sie an mir Worte zuzurufen wie: »Dreckiger Neger, verschwinde, Scheiß-Afrikaner, verschwinde«, und so weiter. Ich war sofort geschockt und fühlte mich durch diese Ausdrücke am frühen Morgen zutiefst verletzt.

Schlagartig überkam mich die Angst. Ich fragte mich, wie ich mich denn wehren sollte, kämen die auf die Idee, mir etwas anzutun. Allein gegen zehn war ich total machtlos. Ich versuchte den Gedanken, sie könnten mich angreifen, zu verdrängen und klammerte mich an die Tatsache, dass ich nichts verbochen hatte. Aber meine Lage verschlimmerte sich sogleich. Als wir auf gleicher Höhe waren, versperrten sie mir den Weg. Ich versuchte, mir einen Weg an ihnen vorbei zu bahnen. Sie ließen mich nicht vorbei. Als ob sie mich kennen würden. Als ob es einen Grund für ihr Handeln gäbe.

Einer aus der Gruppe versuchte, die anderen zu beruhigen, doch sie stießen ihn brutal beiseite. Ich wusste nicht mehr, was ich tun sollte. Ein anderer trat vor und rempelte mich mit der Brust an. »Du bist ein dreckiger Neger, ein Scheiß-Afrikaner! Willst du nicht antworten?« schrie er mich aggressiv an und seine roten Augen quollen dabei schon fast aus den Augenhöhlen. Ich sagte kein Wort. Was konnte ich denn in diesem Moment tun, außer schweigen? Diesmal fühlte ich mich verloren. Ich dachte an meine Eltern, die 6000 km entfernt glaubten, ihr Kind befände sich wohl behalten und sicher in Europa. Ich dachte an meine Brüder, an meine Schwestern, an meine Freunde, die ich vielleicht nie wieder sehen würde.

Überall auf dem Weg sammelte sich eine verschwommene Menge aus weißen Männern und Frauen, die seelenruhig dabei zuschauten, wie sich das Leben eines Schwarzen dem Ende zuneigte. Ich hatte oft von Angriffen gegen Ausländer, speziell gegen Afrikaner, gehört, doch nie daran geglaubt. Aus dem einfachen Grund, dass es mir noch nie widerfahren war. Vor allem an solch einem schönen

Sommernorgen hätte ich es nie für möglich gehalten. Plötzlich hatten sie mich umzingelt. Ich versuchte mich zu befreien, doch ich schaffte es nicht. Wie ein Spielobjekt saß ich nun in ihrer Mitte fest. Wenn mich einer mit aller Kraft schubste, taumelte ich in die Arme eines anderen, der mich wiederum angewidert und aggressiv wegschubste, und es ging immer so weiter. Ich war völlig verzweifelt und wusste nicht mehr, an wen ich mich wenden sollte. Im nächsten Moment riss einer der Bande mir den Hut vom Kopf und schlug mir mit aller Macht in den Nacken. Ich verlor daraufhin das Gleichgewicht. Sie brachen in Gelächter aus. Ich bemerkte wie Vorbeigehende das Geschehen von Weitem erstaunt beobachteten. Andere, die in unsere Richtung kamen, kehrten sofort um oder nahmen einen Umweg. Immer noch erhielt ich von niemandem Beistand, niemand versuchte, die Polizei anzurufen, um mich aus meiner misslichen Lage zu befreien. Allein inmitten von großen, kräftigen Männern, konnte nur ein grandioser Zufall mir das Leben retten.

Konnte ich denn wirklich in einer solchen Situation auf einen Zufall hoffen? Ich glaube jedenfalls nicht an Zufälle. Wenn der Zufall wirklich existieren würde, wäre ich vielleicht in diesem Moment gerettet worden. Die herumstehende Menge wäre aus ihrer passiven Rolle der Zuschauer geschlüpft und hätte die Polizei gerufen. Doch dem war nicht so. Ich versuchte also, ein großes Risiko einzugehen. Ich zerrte blitzschnell mein Handy aus meinem Rucksack, verlor keine einzige Sekunde und wählte den Notruf. Dem Herrn am Telefon erklärte ich rasch, was vorgefallen war. Ihr könnt euch meine Gefühle in diesem Augenblick unmöglich vorstellen. Ich war überglücklich, dass sie mir die 10 Sekunden gelassen hatten, um zu telefonieren. Ich kann mir bis heute nicht erklären, wie das möglich war. Trotz der Schläge und Ohrfeigen, die ich erdulden musste, als ich telefonierte, hielt ich durch. Das baldige Ankommen der Polizei machte mir Mut. Aber wie lange konnte ich noch den Prügeln dieser Leute standhalten, ohne auch nur einen Augenblick in Ruhe gelassen zu werden.



Konnte die Polizei diesen etwas verborgenen Fußgängerweg leicht finden? Als sie gleich nach meinem Anruf bemerkte hatten, dass ich die Polizei angerufen hatte, spitzte sich die Lage zu. Einer von ihnen spuckte mir sogar ins Gesicht und sagte er habe keine Angst vor der deutschen Polizei.

Ich erhielt einen unerwarteten Schlag von hinten, der mich zu Boden beförderte. Von diesem Moment an bekam ich überallhin Fußtritte, gegen den Kopf, in die Beine, in den Bauch. Ich brüllte um Hilfe. Ich stöhnte vor Schmerz, ich spuckte Blut. Ich rollte am Boden wie eine gebissene Schlange, die versucht sich zu retten. Es war unerträglich. Sie verprügelten mich weiter. Manchmal sprang einer aus zwei Metern Entfernung und warf sich mit aller Wucht gegen meinen Bauch. Ich spürte, wie der Schmerz meinen Körper durchströmte. Ich fühlte mich verloren. Ich hätte von Deutschland alles erwartet, aber in meinem ganzen Leben hätte ich mir nie vorstellen können, dass ich dort in einem solchen Ausmaß misshandelt und gedemütigt werden konnte. Ich hatte nun meine Würde vor diesen Weißen verloren, die mir keine Chance zu überleben lassen wollten.

Was hatte ich denn bloß getan, um solch eine körperliche Peinigung zu verdienen? War ich wirklich der Grund für all die Arbeitslosen, die untätig rumsaßen und sich tagelang betranken? Oder war gar meine Hautfarbe schuld an meiner Misere? Tausend Gedanken rasten mir durch den Kopf. Ich blickte hoch und bat einen zwei Meter entfernten Passanten, der Polizei den Weg hierher zu zeigen. Wie groß waren mein Entsetzen und meine Verzweiflung, als er meine Bitte mit einer Hand abwies. Er machte mir deutlich, dass ihn das Ganze nichts angehe und er auf keinen Fall zwischen mir und der Polizei zu vermitteln gedachte.

Nochmals wurde ich in meinem Innersten verletzt. Ich versichere euch, dass es sehr schwer ist, das zu durchleben, was ich gerade erzähle. Ich wurde ernsthaft geschlagen, getreten, misshandelt. Wäre ich ein Weißer, aus welchem Land auch immer: Ich

glaube nicht, dass das Szenario ein solches Ausmaß und eine solche Dauer hätte erreichen können, während Leute vergnügt zuschauten. Der erste Deutsche an Ort und Stelle hätte sofort die Polizei angerufen. Doch da ich das Pech hatte, ein Ausländer, schlimmer noch, ein Schwarzer zu sein, empfanden sie es als normal, dass ich brutal misshandelt wurde. Ich war mir sicher, dass genau in diesem Augenblick die Polizei schon anwesend war, nur nicht genau wusste, wo ich mich befand. Ich hatte keine Gelegenheit, noch mal anzurufen.

Dennoch versuchte ich am Boden mein Handy zu orten. Ich schaute hoch und entdeckte es sechs Meter entfernt im Gras liegend. Einer der Typen schnappte es sich und rannte davon. Ich schöpfte neue Kraft, richtete mich auf und nahm seine Verfolgung auf. Währenddessen liefen ungefähr sieben von ihnen in die entgegengesetzte Richtung und verschwanden. Sie ahnten, dass die Polizei angekommen war und sie Gefahr liefen, verhaftet zu werden. Nur drei von ihnen waren mir hinterher gelaufen. Ich überquerte die Strasse und schaffte es endlich, den mit meinem Handy hinter einem Supermarkt aufzuhalten. Er sagte mir, ich solle ihn gehen lassen. Ich tat nichts dergleichen. Dann schlug er wieder auf mich ein, gemeinsam mit den drei anderen, damit ich ihn loslasse und sie fliehen konnten. Ich bekam erneut einen Tritt in den Bauch und sackte zu Boden. Ich musste wieder Prügel einstecken. Die Polizei fand uns letztendlich und konnte vier meiner Angreifer verhaften. Ich wurde in ein Krankenhaus gefahren, wo ich in die Notaufnahme kam. Das war eine der unvergesslichen und bitteren Erfahrungen meines Aufenthalts in Deutschland.

Narcisse Dovenon lebt in Berlin und hat seine Erfahrungen in einem bisher nicht veröffentlichtem Buch (»Die größte Demütigung in meinem Leben«, Arbeitstitel) niedergeschrieben.

Handeln – man gönnt sich ja sonst nichts!

17

Handeln – man gönnt sich ja sonst nichts!

Eine Plakataktion von ReachOut in Berliner S- und U-Bahnhöfen im September 2003

Von Sandra Carbonell

Es ist so schön, geschockt zu sein. Jeden Abend in den Nachrichten erfahren wir, wie schlecht die Welt ist. Betroffenheit kommt gut an – ja, und gegen Gewalt ist eigentlich jede/r. Das ist klar. Aber wir leben hier in Deutschland und die Gewalt ist weit weg. Die Spendenfreudigkeit steigt zu besonderen Anlässen und beruhigt das schlechte Gewissen. Dass Gewalt auf Berlins Straßen zum alltäglichen Ritual geworden ist, ist den wenigsten HauptstädterInnen bekannt. Die Stadt wirbt für Weltoffenheit und Toleranz. Der Alltag indes zeigt, dass in Berlin und Brandenburg Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe oder auch anderer politischer Überzeugung dieser Ignoranz ins buchstäblich offene Messer laufen. Bereits im ersten Halbjahr 2003 stieg die Zahl rassistischer oder rechtsextremer Angriffe im Vergleich zum Vorjahr um ein Viertel.



Gut. Aber als Einzelperson? Machtlosigkeit! Man kann doch gar nichts tun.

Unter der Fragestellung: »Was tun bei rechten, rassistischen und antisemitischen Übergriffen?« fand im September eine von *ReachOut* initiierte Plakataktion in Berliner S-, U- und Fernbahnhöfen statt. Das Plakat wurde in Aufgängen, an Wartepunkten und in Zügen rund 350 Mal plakatiert. Das Plakat animiert, weiter zu lesen, nachzudenken und zu handeln. Es meidet den Vorwurf und den Apell an

das schlechte Gewissen. Der Slogan soll Wiedererkennungswert besitzen und aktivieren. Also: Was tun bei rassistischen Übergriffen? Na: Handeln! Wo, wenn nicht hier!? Wann, wenn nicht jetzt!? Wie, wenn nicht so. Also: einfach mal handeln! Denn man gönnt sich ja sonst nichts!

Plakatgestaltung: Roland Lämmle, Sandra Carbonell
Foto: Roland Lämmle

Zur Bedeutung von *ReachOut* für die internationalen StudentInnen am Hochschulstandort Berlin/Brandenburg

von Lucía Muriel

»Empfehlen Sie den Landsleuten in Ihrer Heimat in der jetzigen Lage nach Deutschland einzuwandern?“ werde ich öfter gefragt. Ich habe gelernt, dass diese Frage eher aus der Sorge heraus gestellt wird, ich könne Deutschland tatsächlich, womöglich unüberlegt, als Einwanderungsland empfehlen. Nach dem Motto: Indem ich unverantwortlich bei den potenziellen Einwanderern falsche Erwartungen wecke, könnte ich dazu beitragen, dass noch mehr Ausländer nach Deutschland kommen. Aus Sicht derer, die die Debatte, ob Deutschland nun ein Einwanderungsland sei oder nicht, lieber mundtot gemacht hätten, könnte die Werbung für Deutschland als deutschfeindlich interpretiert werden. Für die geschichtlich ewig Blinden beinhaltet die Debatte immer nur, dass Deutschland zum Empfängerland aller Armen dieser Welt werden könnte. Anfänglich hatte ich irrtümlich angenommen, die Deutschen würden mir die Frage aus der Sorge heraus stellen, dass es vielleicht nicht allen Eingewanderten in Deutschland gut genug ginge und das Image der Deutschen im Ausland nicht so positiv ausfallen könne.

Aber wie gesagt, da hatte ich mich geirrt. Ich arbeite mit einer Gruppe von Menschen in Berlin, die in ganz besonderer Weise zur Bereicherung und Stärkung der endogenen Potenziale dieser Stadt beitragen. Oder besser gesagt: »... beitragen könnten« – hätten die Deutschen gelernt, die Jugend und die Vielfaltigkeit von Menschen als die kostbarste Ressource für eine optimistische Entwicklung zu betrachten. Dann nämlich wären diese Menschen die Wissensträger für kreative und nachhaltige

Lösungen der wichtigsten anstehenden Probleme dieser, etwas ins Stocken geratenen, Berliner Stadtentwicklung.

Es handelt sich um Studenten und Studentinnen aus außereuropäischen Ländern.

Und damit zur Realität: Gerade sie gehören auch zu der Gruppe, die sich in mehreren Landesteilen Deutschlands wegen ihrer Hautfarbe oder wegen anderer »äußerlicher« Merkmale nicht sicher fühlen dürfen. Eine unüberschaubare Anzahl von Gruppen und Individuen haben die Träger der unterschiedlichsten Merkmale als Zielscheibe menschenfeindlicher Aggressionen deklariert. Und im Allgemeinen ist das Recht auf der Seite der Aggressiven, auf der Seite der Rassisten und Rechtsradikalen. Nicht auf der Seite der Gäste, der Studierenden. Das ist eine Besonderheit des deutschen Verständnisses von Gastrecht.

Konkret sieht es so aus: ein afrikanischer Student wartet auf einer Berliner S-Bahn-Station sieben Uhr morgens auf die S-Bahn, die ihn zu seinem Studentenjob bringen soll. Eine Gruppe von etwa zehn jugendlichen Rassisten kommt auf ihn zu, provoziert ihn, schlägt schließlich auf ihn ein bis er das Bewusstsein verliert. Ich kenne kaum einen einzigen afrikanischen oder lateinamerikanischen Studierenden, der nicht von ähnlich bedrohlichen Situationen berichten kann.

Anderswo sieht es so aus, dass die Eingänge der Institute oder der studentischen Wohnheime mit Aufschriften bemalt sind, wie »Tod den Niggern«, »nur jeder tote Nigger ist ein guter Nigger«, »wir erwischen Euch!« und ähnliches mehr. Die Tatsache,

dass das keine leeren Mahnungen oder Drohungen sind, sondern dass täglich Menschen mit schwarzer Haut in der Gefahr leben, Opfer von rassistischen Aggressionen zu werden, führt bei den Betroffenen dazu, dass sie – solange sie in Städten leben wie Cottbus, Magdeburg, Halle, Brandenburg, Rostock - keine Ruhe mehr finden. Afrikanische Studierende an der Brandenburger Technischen Universität Cottbus können zweifellos als ein Beleg dafür gesehen werden, dass deutsche Hochschulen noch immer attraktive Ausbildungsstätten für einige Länder des Südens darstellen. Also kommen jährlich eine Reihe von Studenten und Studentinnen nach Cottbus, um sich in einem der international hoch angesehenen Masterlehrgänge ausbilden zu lassen. Jedoch ahnen sie vor der Einreise in Deutschland nicht, dass sich ihr Leben nur als eine Existenz im Schatten des Cottbusser Alltages abspielen wird. Sie können nicht an den Wochenenden in den Parks ruhig und entspannt spazieren gehen oder an Straßenfesten partizipieren. Sie können nicht an den

Wochenenden abends eine Disco besuchen. Und ihre Bewegungsfreiheit zwischen Universität, Mensa und Wohnung wird sich streng einschränken auf die Zeit zwischen 8 und 18 Uhr. Später am Abend müssen sie einen sehr wichtigen Grund haben, um auf die Straße zu gehen und allein geht es schon gar nicht. Wenn sie in einen Zug oder in eine S-Bahn steigen wollen oder müssen, dann sind Vorkehrungen zu treffen: möglichst nicht in Züge steigen, die in Magdeburg lange halten, oder dass sie dort nicht umsteigen müssen. »Das bedeutet eine Lebensgefahr für uns, die wir nicht kontrollieren können.«, sagen die Studenten und Studentinnen mit schwarzer Hautfarbe. Unter diesen Umständen zu studieren bedeutet, unsicher zu sein und nicht zu wissen, ob sie nicht doch etwas übersehen haben, das sie den Rassisten, den gewaltbereiten Neonazis oder Skinheads ausliefern könnte.

So zu leben, stellt für alle Betroffenen eine gravierende Verunsicherung ihres Selbst dar, auch für die, die vielleicht bisher nicht geschlagen oder gede-



müht wurden, die aber wissen, dass sie zu den potenziellen Opfern des Rassismus gehören. Das zunächst bei allen von Natur aus mitgegebene Urvertrauen auf die Unversehrtheit des Lebens erlebt plötzlich einen tiefen Bruch quer durch alle sozialen Beziehungen und auch durch das eigene Selbstvertrauen. Sehr oft erlebe ich, wie die Studenten und Studentinnen voller Selbstvorwürfe erzählen, dass sie am Wochenende doch mal ausgegangen seien, dass sie nicht rechtzeitig zu Hause angekommen seien, dass sie unvorsichtigerweise doch die Abkürzung durch einen Park gelaufen seien, dass sie einem jungen Neonazi doch auf die Provokationen geantwortet hätten. Dieser Argumentationsstrang erinnert mich an meine Arbeit mit Frauen und Kinder, die unter häuslicher Gewalt litten. Die Opfer bezichtigen sich selbst ihrer Mitschuld an den Aggressionen der Täter. Der Blick auf ihre Daseinsberechtigung, auf ihr Menschenrecht auf Sicherheit und Unversehrtheit, auf Respekt ihrer Persönlichkeit frei von jeglichen Bedingungen verschwindet immer mehr. Mit den Selbstvorwürfen

geht immer mehr von ihrer Würde und ihrer Selbstwertschätzung verloren. Die hassefüllten Fremdbilder der Neonazis, der Rassisten und vieler ausländischerfeindlich Gesinnten dringen in das Selbstbild ein und lassen ihr Leben als Opfer zu ihrer ureigenen persönlichen Angelegenheit werden. Sie glauben, dass sie nur durch hohe Eigenverantwortung und Selbstdisziplin wieder aus der Krise herausfinden. Das Leben als potenzielles Opfer des Rassismus wird als Lebenskrise definiert, als Pech oder Schicksal, das mit der entsprechenden Geduld und Demut hingenommen werden muss. Andere macht diese Situation sehr wütend. Aber selbst die Wut erscheint wie eine Gefahr, die sie aus der Selbstkontrolle bringen oder zu Straftäter machen könnte.

Je länger diese Situation anhält, umso stärker wird sie verinnerlicht. Sie fließt in die Bewältigung des angstbeladenen Alltages ein und gräbt sich immer tiefer. Das Misstrauen gegenüber der Außenwelt wächst und führt zu schweren psychischen Krisen und Störungen. Und dann stellt sich die Frage, wer hilft ihnen aus diesen Störungen wieder



heraus? Die Politiker, die sich mit der Präsenz dieser Studenten und Studentinnen bezüglich der Internationalisierung ihrer Hochschulen schmücken? Die Stadtverwaltungen, die diesen gewaltbereiten und antidemokratischen Gruppierungen und Gesinnungen tatenlos gegenüber stehen? Die deutschen KommilitonInnen oder DozentInnen, die ungeachtet dieser Realität von den jungen Studenten und Studentinnen die üblichen Studienleistungen abfordern? Die Ausländerbehörde, die die Aufenthaltsbedingungen einklagt als wären diese die einzigen Merkmale eines Lebens in Deutschland? Sie alle würden sich wahrscheinlich auf ihre sprachlose Betroffenheit zurückziehen und fragen:

Gibt es denn keine professionelle Einrichtung, die sich darum kümmert?

ReachOut ist eines der wenigen Angebote für Menschen in diesen Situationen.

Diese Einrichtung bringt die Verletzung der Menschenrechte, das Recht auf Respekt und Unversehrtheit in die öffentliche Wahrnehmung, in dem sie »Beratung und Bildung gegen Rechtsextremismus

und Rassismus« zum Gegenstand ihrer Arbeit und ihres Wirkungsfeldes macht. Nun kann niemand mehr sagen, dass der alltägliche Rassismus und die rechtsradikale Gewalt nur in den Köpfen einiger weniger existiert.

Meinen Landsleuten und allen, die mich danach fragen, wie es sich in Deutschland leben lässt, werde ich von *ReachOut* erzählen, aber auch davon, dass der technische Fortschritt, die »deutsche Ordnung und Disziplin« kein Garant sind für den Respekt und die Sicherheit, die ihnen als Gäste zustehen.

Lucia Muriel ist Diplom Psychologin und engagiert im World University Service e.V. Sie hat ReachOut mitaufgebaut. Als Bildungsreferentin ist sie tätig bei STUBE Berlin/Brandenburg (Studienbegleitprogramm für ausländische Studierende)



»Die Arbeit einer Opferberatungsstelle kann man gar nicht hoch genug einschätzen!«

Ein Interview mit Frank Jansen

Du gehst davon aus, dass in Berlin nahezu täglich rechte und rassistische Angriffe zu verzeichnen sind. Wie kommst Du zu dieser Einschätzung, die sich erheblich von der der Polizei unterscheidet?

Ich habe nicht jeden rechten oder rassistischen Angriff gezählt und ich bekomme natürlich auch nicht alle Vorfälle mit. Es ist nur so, dass es nach meinem Eindruck eine hohe Dunkelziffer gibt. Viele, gerade jüngere Opfer, die politisch links stehen oder Punks zum Beispiel, erstatten häufig keine Anzeige, weil sie kein Vertrauen zu Polizei und Justiz haben und auch den Eindruck haben, dass es nichts nützt. Oft werden junge rechte Schläger nur zu Bewährungsstrafen verurteilt. Vor allem, wenn es ihre erste Straftat ist oder nur angeblich kleinere Taten vorweg gegangen sind.

Außerdem ist die Polizei manchmal durch größere Ermittlungen blockiert, zum Beispiel wenn es um eine terroristische oder kriminelle Vereinigung geht. Dann sind natürlich die Spezialisten beim Staatsschutz so sehr beschäftigt, dass ihnen oftmals die Zeit fehlt, sich mit weniger gravierenden Straftaten intensiv auseinanderzusetzen. Das kann dann dazu führen, dass der Verfolgungsdruck partiell nachlässt und die Rechten sich mutiger fühlen und öfter zuschlagen. Je häufiger die Rechten, gerade auch in bestimmten Brennpunkten, zuschlagen, desto stärker ist die Bevölkerung eingeschüchtert, desto weniger wird angezeigt. Es ist ein Kreislauf, der dazu führt, dass ein Teil der rechten und rassistischen Straftaten nicht wahrgenommen wird.

Es gibt natürlich eine ganze Reihe von rechten und rassistischen Taten, die an der Grenze zur Strafbarkeit sind. Nehmen wir mal das typische

Beispiel: Eine Migrantin geht in den Supermarkt einkaufen und wird unfreundlich behandelt, vielleicht sogar abgewiesen – einfach weil sie Migrantin ist. Es gibt wahrscheinlich viele solcher Vorfälle. Ob sie strafrechtlich von Bedeutung sind, ist schwer zu beurteilen. Man müsste sehr genau ermitteln. Das findet aber nicht statt. Ich denke auch, dass viele Opfer diese rassistischen Schikanen einfach verdrängen und sich sagen, es hat keinen Zweck, sich zu wehren. Viele haben aber auch Angst vor den Tätern.

Du benennst und kritisierst in Deinen Artikeln immer wieder den Rassismus der Mitte.

Welcher Zusammenhang besteht für Dich zwischen dem Rassismus der Mitte und den gewalttätigen Angriffen?

Ich denke, dass beispielsweise die CDU-Abgeordneten Martin Hohmann und Henry Nitzsche Leute sind, die den rechten Schlägern die Stichworte geben. Wenn Herr Hohmann die Juden in den Ruch eines »Tätervolkes« bringt, dann kann sie ein Rechtsextremist bestätigt fühlen – und damit berechtigt, etwas gegen Juden zu unternehmen. Und wenn Herr Nitzsche sich abfällig äußert über den »letzten Ali« aus der »letzten Moschee«, der in Deutschland Zuflucht nehmen könnte, dann legitimiert er damit, ob er will oder nicht, möglicherweise auch Gewalt gegen Migranten. Herr Nitzsche kommt aus der Nähe von Hoyerswerda, da müsste man eigentlich wissen wozu das führt. In Hoyerswerda gab es 1991 pogromartige Krawalle.

Innerhalb der CDU müsste auch darauf geachtet werden, dass sich alle Abgeordneten und Funktio-

näre deutlich von der »Jungen Freiheit« abgrenzen, diesem rechtsradikalen Wochenblatt, das so eine Art Crossover versucht zwischen Konservativen und Rechtsextremisten.



Bei Deiner Arbeit als Journalist bist Du häufig mit Opfern rechter, rassistischer Angriffe konfrontiert. Wie würdest Du deren Schwierigkeiten und die Folgen eines Angriffs beschreiben?

Ich habe bei einer ganzen Reihe von Opfern, die ich kennen gelernt habe, festgestellt, dass sie lange – manche wahrscheinlich bis zu ihrem Tod – unter einer Tat leiden, selbst wenn sie physisch wieder gesund sind. Das gilt in doppelten Maße bei denen, die physisch nicht wieder gesund werden.

Ich kümmere mich seit 1997 regelmäßig um ein Opfer rechter Gewalt. Es handelt sich um den Italiener Orazio Giambianco. Ich will unseren Lesern exemplarisch zeigen, dass das Schicksal eines Opfers nicht mit den Schlagzeilen zur Tat und mit dem Gerichtsprozess endet, sondern dass es sich endlos hinzieht.

Im September 1996 hat ein Skinhead in Trebbin, das ist südlich von Berlin, Orazio attackiert. Er bekam mit voller Wucht eine Baseball Keule an den Kopf. Sein Leben konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden. Orazio bleibt schwerst behindert: Er leidet an spastischer Lähmung, immer wieder an Depressionen, er hat Sprachstörungen und Konzentrationsschwächen.

Anfang 1997 habe ich ihn das erste Mal in einer Rehabilitationsklinik besucht. Seitdem habe ich ihn jedes Jahr aufgesucht und den Tagesspiegel-Lesern beschrieben, wie es ihm, seiner Lebensgefährtin und deren Tochter geht. Die beiden Frauen kümmern sich aufopfernd um Orazio und sind im Grunde genommen von dieser Baseball Keule fast genauso getroffen worden wie Orazio selbst. Seine Lebensgefährtin, Angelica Berdes, eine eher zierliche Griechin, klagt über vielfältige Beschwerden. Die Pflege von Orazio ist für sie schwere körperliche Arbeit. Außerdem hat Angelica Berdes psychische Probleme. Sie ist auch seit dem Angriff auf Orazio in Trebbin nicht mehr berufstätig.

Ich versuche immer wieder zu beschreiben, wie der Alltag der Familie aussieht. Meine Recherchen richten sich auch auf das Verhalten der Behörden. Dort bin ich teilweise auf unglaubliche Vorgänge gestoßen und habe versucht, zu intervenieren. Aufgrund der Berichterstattung hat sich das Verhalten der Behörden dann manchmal auch geändert.

Das Schicksal eines Opfers rechter Gewalt wird kaum angenehmer, wenn die Täter vor Gericht kommen. Manche Opfer treten zwar noch als Nebenkläger auf, was für viele schon schwierig ist. Denn sie sitzen ja dann Auge in Auge mit den brutalen Tätern. Aber die Opfer spielen sowohl im Prozess wie auch in der Wahrnehmung der Medien eher eine untergeordnete Rolle. Nach der Urteilsverkündung verschwindet das Interesse total. Aber auch in der Prozessberichterstattung ist es oft schon so, dass die Täter wichtiger sind und die Opfer nur nebenbei erwähnt werden. Ich versuche, dem etwas entgegen zu wirken. Leider ziehen kaum andere Medien mit. Ich würde mir in dieser Hinsicht sogar Konkurrenz wünschen. Es wäre auch hilfreich, wenn sich andere Journalisten in Form einer Langzeitstudie um Opfer kümmern würden.

Dass dies nicht geschieht, ist vielleicht auch ein Zeichen dafür, dass der Stellenwert von Opfern rechter Gewalt in unserer Gesellschaft nach wie vor eher gering ist. Die Folgen kann man auch bei den Opfern selber spüren. Ich habe Opfer kennen gelernt, die nach einiger Zeit den Eindruck hatten, sie würden



von der Gesellschaft im Stich gelassen. Viele Opfer empfinden das so, als würde die Gesellschaft mit ihrer Kälte den Tätern nachträglich Recht geben.

Hinzu kommt, dass viele Opfer schon vor dem Angriff kein leichtes Leben hatten. Wenn Migranten attackiert werden, handelt es sich in der Regel nicht um Millionäre. Häufig handelt es sich um Leute, die gezwungen sind auch in einer gefährlichen Region Arbeit zu suchen oder die als Flüchtlinge hier leben. Die werden dann durch einen Übergriff erst recht aus der Bahn geworfen. Sie haben häufig große Schwierigkeiten, finanziell wieder auf die Beine zu kommen. Das gilt auch für Linke und Punks.

Außerdem sind sie oft nicht in der Lage, die Region zu verlassen. Das bedeutet eine andauernde Angst vor den Tätern. Diese Angst verstärkt noch die durch die Tat verursachte Traumatisierung.

Wie unterscheidet sich die Situation von Opfern rechter, rassistischer Gewalt und anderen Kriminalitätsopfern?

Die Situation eines Opfers nach einer Gewalttat ist oft sehr lange danach schwierig. Das betrifft nicht nur Opfer rechter Gewalt, sondern beispielsweise auch Frauen, die vergewaltigt worden sind oder Leute, die von Raubüberfällen betroffen waren.

Das Besondere an rechten, rassistischen Angriffen ist, und deswegen sind die Folgen vielleicht schwerwiegender, dass die Täter den Opfern das Lebens- und Existenzrecht abgesprechen. Im Unterschied zu einem gewöhnlichen Einbrecher: Wenn der in ein Haus eindringt mit dem Hausbesitzer aneinander gerät, ihn niederschlägt und ausraubt, dann richtet sich das nicht kollektiv gegen eine bestimmte Gruppe. Der Einbrecher spricht nicht von vorne herein einem Hausbesitzer pauschal das Lebensrecht ab. Wenn Skinheads einen Migranten überfallen, dann wird dem Opfer hingegen brutal verdeutlicht, dass es in Deutschland nichts zu suchen hat. Und das hat Folgen über das Opfer hinaus. Andere Migranten, die von dem Angriff erfahren, unabhängig davon, ob die nun das Opfer kennen oder nur eine Nachricht in den Medien wahrneh-

men, erhalten auch diese Botschaft: ihr habt hier alle nichts zu suchen.

Deswegen hat rechte und rassistische Gewalt einen anderen Stellenwert, als ordinäre Kriminalität, die ich nicht verharmlosen will. Rassistische Gewalt hat aber gesellschaftlich noch mehr Wucht. Die Gefahr, die davon ausgeht, ist größer. Wenn jemandem durch einen Angriff demonstriert wird, du hast in Deutschland kein Lebens- und Existenzrecht, dann ist es fast egal, wo man hinzieht. Überall kann eine Horde Skinheads herumlungert und einem aus denselben Motiven auflauern, wie es schon einmal der Fall war.

Wo siehst Du die Aufgaben einer Opferberatungsstelle bzw. welche Bedeutung hat ein solches Projekt wie ReachOut?

Die Arbeit einer Opferberatungsstelle kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Viele Opfer fühlen sich allein gelassen und brauchen zumindest psychisch Zuwendung. Andererseits sind Opferberatungsstellen natürlich auch notwendig, weil die Opfer nicht davon ausgehen können, dass sie von Behörden angemessen und freundlich behandelt werden. Oftmals müssen sich Opfer das Notwendige zum Weiterleben erstreiten.

Auch wenn es um die juristische Aufarbeitung eines Angriffs geht, ist die Arbeit einer Opferberatungsstelle wichtig. Die Projekte, die ich kennen gelernt habe, begleiten auch Opfer zu Prozessen. So können sie sich halbwegs sicher fühlen, denn häufig sitzen in den Gerichtssälen die Kumpanen der Täter. Wenn man mal erlebt hat, dass zwei, drei Bänke vollgestopft sind mit Skinheads, dann ist schon klar, wie einem Opfer zumute ist.

Außerdem ist es wichtig, dass eine Opferberatung Wege aufzeigt, wie zivilrechtliche Ansprüche, also Entschädigungszahlungen durchgesetzt werden können. Da gibt es inzwischen ein paar interessante Urteile. Die Täter müssen nicht nur ihre Strafe absitzen, sondern eben auch noch lange darüber hinaus an die Opfer zahlen. Da kann eine Opferberatung zusammen mit einem guten Anwalt eine ganze Menge erreichen.

Ich würde mir wünschen, dass es mehr Opferberatungsstellen gibt, die diese sinnvolle und notwendige Arbeit leisten. Die Einrichtungen, die jetzt schon existieren, sind zum Glück inzwischen einigermaßen vernetzt. Aber sie müssten auch in die Lage versetzt werden, über die unmittelbare Opferberatung hinaus aktiv zu sein. Damit das ganze Netz zivilgesellschaftlicher Initiativen dichter geknüpft werden kann. Um ein kulturelles Milieu zu schaffen, das dem Opfer eine Art Geborgenheit geben kann. Wenn ein Opfer nach einem Angriff an seinem Wohnort bleiben muss und mit den Tätern weiterhin konfrontiert ist, wäre es gut zu wissen, dass nicht nur eine Opferberatung da ist, sondern auch andere Initiativen und Organisationen vorhanden sind, die Rassisten entgegentreten. Mit dem Ziel, nicht nur ein Opfer zu schützen, sondern das gesellschaftliche Klima an einem Ort überhaupt zu verändern.

Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt sind ja nicht überall finanziell gut abgesichert. Für einige Projekte ist die Frage, ob sie weiter existieren werden und ihre professionelle Arbeit erhalten bleibt ...

Opferberatungsstellen sollten lernen, geschickt mit den Medien umzugehen. Man sollte herausfinden, welche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter es bei Fernsehsendern, Rundfunksendern und Zeitungen

gibt, die sich öfter mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen. Das ist natürlich auch ein wechselseitiger Prozess, ich habe meinerseits ja auch Leute angesprochen aus dem Spektrum der Initiativen gegen Rechts.

Opferberatungsstellen sollten also versuchen, sich mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, und auch gezielt auf Einzelschicksale hinzuweisen. Vielleicht ist es irgendwann möglich, im Rahmen der Vernetzung der Initiativen einen landes- oder sogar bundesweiten Informationsdienst zu betreiben, der dann auch gezielt den Medien übermittelt wird. Mit konkreten Fällen rechter Gewalt und einer Darstellung der Opfer. Und es trüge dazu bei, dass die Projekte stärker bekannt werden. Das nützt den Opfern und den Opferberatungsstellen. Und wenn die Arbeit einer Opferberatungsstelle in den Medien gewürdigt wird, ist es natürlich nicht mehr so einfach, ihr den Hahn der öffentlichen Gelder abzdrehen.

Das Interview führte Erik Irmer, Mitarbeiter von ReachOut im November 2003

Frank Jansen arbeitet als Redakteur beim Tagespiegel und berichtet seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich und engagiert über rechtsextreme, rassistische und antisemitische Entwicklungen und Angriffe. Für seine Reportagen wurde ihm 2000 die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte verliehen.



Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

von Günter Piening

Rechtsextremistische Einstellungen und Rassismus sind leider Bestandteile unserer gesellschaftlichen Realität und nicht nur ein Problem einiger Jugendlicher oder einiger Stadtteile im Osten Berlins. Rassismus ist ein direkter Angriff auf das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die meisten wissenschaftlichen Untersuchungen sagen uns, dass rechtsextremistische, rassistische und fremdenfeindliche Haltungen und Wertvorstellungen weit in unsere Gesellschaft hineinreichen und erst den Boden für rassistische Handlungen oder gar für Gewalttaten bilden. Die Bekämpfung von Rassismus und rechtsextremistischen Einstellungen muss daher auch in der Mitte der Gesellschaft beginnen. Wir müssen uns von der Täterfixierung lösen und Strukturen und Initiativen fördern, die – unserem demokratischen Wertekonsens verpflichtet – Respekt vor anderen kulturellen Ausdrucksformen und Toleranz vermitteln. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und der demokratischen Kultur muss im Vordergrund aller Aktivitäten gegen die Ideologie des Rechtsextremismus stehen.

Ein Beispiel für diesen Ansatz ist das Projekt »ReachOut« in der Trägerschaft des Vereins »ARIBA e. V.«. Im Vergleich zu anderen im Bereich des Opferschutzes tätigen Organisationen ist *ReachOut* eine junge Einrichtung. Trotzdem hat die Arbeit von *ReachOut* bereits ein hohes fachliches Renommée gewonnen. Neben dem wichtigen Kernbereich der einzelfallbezogenen Opferhilfe werden Workshops, Vorträge, Veranstaltungen und Fortbildungen organisiert, in denen die Situation der Betroffenen (Gewaltopfer) im Zentrum steht. Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit weist *ReachOut* auf die schwierige Lage und die Lebenssituation der Geschädigten hin und rückt die Perspektive der Opfer

ins Zentrum der Betrachtung. Dieser Perspektivenwechsel – von den Tätern zu den Opfern – ist nicht nur ein konstitutiver Bestandteil der Arbeit von *ReachOut* sondern auch ein wichtiger Schwerpunkt eines Programms zur Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Der Senat hat in seiner Vorlage an das Abgeordnetenhaus über »Maßnahmen und Konzepte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« bereits im September 2000 formuliert, dass »den Opfern rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitisch motivierter Gewalt (...) eine besondere Aufmerksamkeit zukommen (muss). Sie (die Opfer) müssen bei der Entwicklung von unterstützenden Angeboten stärker in den Blick geraten.« Diese Aufgabe ist mir auch zukünftig ein besonderes Anliegen.

Die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte und Handlungsfelder, in denen eine Projektförderung erfolgt, sind:

- Unterstützung und Begleitung für Opfer von Diskriminierung und rassistischer Gewalt;
- Präventive Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt und Stärkung demokratischer Jugendkulturen;
- Förderung interkultureller Zusammenarbeit;
- Erhebung und Dokumentation sowie Öffentlichkeitsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Bei der finanziellen Unterstützung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus handelt es sich um ein für Berlin neues Programm. Bereits in einer frühen Phase wurde eine Evaluation auf Programmebene durchgeführt. Ziel dieses Verfahrens war eine Diskussion und Be-

wertung der Schwerpunktsetzungen des Programms durch externen wissenschaftlichen Sachverstand. Ebenfalls wurden die Gewichtungen zwischen den verschiedenen Maßnahmebereichen geprüft.

Die Evaluatoren haben einhellig die Existenz des Programms als ein deutliches Signal gegen Rechts- extremismus und für Toleranz und Respekt gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkunft begrüßt. Eine Stärke liege in der Vielfalt der geförderten Projekte; denn die wirksamste Strategie gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung sei die Unterstützung demokratischer Strukturen und zivilgesellschaftlicher Initiativen vor Ort. Durch das Programm werde die Perspektive der Opfer in den Vordergrund gestellt sowie Opfern fremdenfeindlicher Übergriffe und von Diskriminierung Beratung und Begleitung angeboten.

Vier inhaltliche Punkte möchte ich herausstellen, die den Evaluatoren besonders wichtig waren und die ich in der inhaltlichen Ausrichtung des Programms berücksichtigen werde:

- Migrant*innenorganisationen sollten eine wichtige Rolle in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus spielen. Migrant*innen sind zum einen potenzielle Opfer von Übergriffen, zum anderen gibt es aber auch unter Zuwanderern besorgniserregende Vorkommnisse von Nationalismus und Ausgrenzung anderer. Beide Aspekte sollte das Förderprogramm berücksichtigen. So sind Selbsthilfeorganisationen zu fördern, die Opferberatung bieten und Präventionsmaßnahmen durchführen. Daneben sollten Projekte zum Thema »Nationalismus« und »Chauvinismus« innerhalb von Migrant*innen-Communities und die Sensibilisierung für Konflikte innerhalb von Einwanderergruppen einen Förderschwerpunkt bilden. Projekte von Migrant*innenorganisationen sind dann besonders förderungswürdig, wenn sie zu einer Verbesserung des Klimas in einzelnen Stadtteilen beitragen, die demokratische Haltungen unter Migrant*innen sichern helfen und dazu beitragen, dass sich Migrant*innen in die Gesellschaft hinein engagieren.
- Es sollten auch Projekte gefördert werden, die rechtsgerichtete Jugendliche als Zielgruppe einbezie-

hen. Die Arbeit mit diesen Jugendlichen muss auf die noch nicht gefestigten Einstellungen gerichtet sein, insbesondere in der Phase der Ausbildungszeit. Sport kann hier als Basis der Kommunikationsarbeit sinnvoll sein. Allerdings ist die Arbeit mit dieser Zielgruppe schwierig, setzt daher eine besonders hohe Qualität der Projekte voraus und erfordert eine kontinuierliche Evaluation und Begleitung.

- Angesichts knapper Ressourcen ist eine Verzahnung mit bezirklichen und Landesstrukturen, mit Maßnahmen der Regelförderung und mit Projekten dringlich, die im Rahmen von Bundesprogrammen finanziert werden. Es ist entscheidend, dass die geförderten Projekte in die sonstigen in den Bezirken bestehenden Strukturen und Angebote eingebunden werden – z.B. die lokal tätigen Migrant*innenorganisationen, die bezirklichen Migrationsbeauftragten und andere Beratungsstellen. Zudem ist die Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken (z.B. Träger bezirklicher Aktionspläne) und staatlichen Institutionen (z.B. Förderung nach dem Opfer-Entschädigungsgesetz) zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit Trägern von Regelangeboten insbesondere in der Jugendhilfe und der Beschäftigungsförderung sollte ausgebaut werden. Dabei denke ich nicht an parallele Programme, sondern eher daran, dass die allgemeine Bildungsarbeit Modelle übernimmt, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit als erfolgreich erwiesen haben.

- Evaluation und Qualitätsentwicklung sollte auf der Programm- und auch auf der Projektebene ansetzen. Evaluation im Sinne einer formativen, begleitenden Evaluation bietet Reflexionsmöglichkeiten für die Projektarbeit, befördert die Qualitätsentwicklung und -sicherung im Projekt und erleichtert den Erfahrungstransfer zwischen verschiedenen Projekten. Konzepte der Selbstevaluation können eine Möglichkeit sein, diesen Prozess der Qualitätsentwicklung im Projekt anzustoßen. Dies erfordert fachliche und trägerübergreifende Fortbildung der Projektmitarbeiter.

Günter Piening ist Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration

Alle Fotos sind entnommen aus den Videofilmen »Episoden aus Hohenschönhausen« und »Brennpunkt Fennpfuhl«.

Ein halbes Jahr hat eine Gruppe der Unabhängige Anlaufstelle für BürgerInnen Hohenschönhausen (uab) gemeinsam mit dem Umbruch-Bildarchiv in Hohenschönhausen recherchiert. Hintergrund ist, dass es an bestimmten Plätzen häufiger Übergriffe von Rechten gab. Gibt es »Angsträume« in Hohenschönhausen? Wie erleben MigrantInnen, Skater, Punks und andere Jugendliche den Stadtteil? Können Freiräume erhalten bleiben und neue erobert werden?

Die Filme sind Teile des Projektes »Angsträume/Kiezzräume« (siehe auch Internetseite www.kiezzraeume.info). Beide Filme wurden von CIVITAS, Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, gefördert und sind beim Umbruch-Bildarchiv, Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin, Tel. 030/612 30 37, post@umbruch-bildarchiv.de und bei der Unabhängigen Anlaufstelle für BürgerInnen Hohenschönhausen, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, Tel. 030/962 10 33, uab.hsh@gmx.de zu erhalten.

